

Otto M. Schröder Bank
Aktiengesellschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2023

OTTO M. SCHRÖDER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
GESCHÄFTSBERICHT 2023

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

Die wesentlichen Geschäftsfelder der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg, sind die Immobilien-Zwischenfinanzierung im Wohnungsbau und die Vermögensanlage.

In der Zwischenfinanzierung unterstützen wir Bauträger und Investoren bei wohnwirtschaftlichen Immobilienprojekten vorrangig in unseren Kernmärkten Hamburg, Berlin und Sylt. Die Vermögensanlage konzentrieren wir kontinuierlich auf die Vermögensverwaltung und das beratungsfreie Geschäft mit Privatkunden, Stiftungen und institutionellen Kunden.

Das Steuerungssystem der Bank ist darauf ausgerichtet, die zentralen Werttreiber der wesentlichen Bereiche zielgerichtet abzubilden. Dafür nutzt die Bank Kennzahlen zur einheitlichen und effektiven Steuerung unter Zugrundelegung von handels- und

bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die bedeutsamsten Steuerungskennzahlen sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis, die Risikotragfähigkeit, das Kundenkreditvolumen sowie das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen.

Für die Steuerung wird eine monatliche Betriebsergebnisrechnung sowie die monatliche Analyse der Schlüsselindikatoren im Kreditgeschäft und in der Vermögensanlage genutzt. Weitere Elemente der Gesamtbanksteuerung sind der jährliche Strategie- und Planungsprozess sowie das Risikotragfähigkeitskonzept.

Zur grundsätzlichen Entwicklung dieser Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr wird auf das Kapitel „Wirtschaftsbericht“ bzw., für das Jahr 2024, auf das Kapitel „Prognosen, Chancen und Risiken“ verwiesen.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelle Entwicklung

Das Jahr 2023 war von einer wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland geprägt. Der niedrigere Konsum der privaten Haushalte, die hohen Energiepreise sowie die Inflation führten zu einer schwachen konjunkturellen Entwicklung, auch im Vergleich zu anderen großen westlichen Volkswirtschaften. Zwar war die Inflationsrate im Jahresverlauf rückläufig, gleichwohl verharrte diese auf einem weiterhin hohen Niveau. Hinzukamen Unsicherheiten durch geopolitische Krisen unter anderem durch den fortlaufenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie auch den Terrorangriff der Hamas auf Israel.

Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft spiegelten sich in einem sinkenden Bruttoinlandsprodukt wider. Nach Angaben des statistischen Bundesamts ist dieses preis- und kalenderbereinigt leicht um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Demgegenüber wiesen Stimmungsindikatoren zum Jahresende darauf hin, dass Unternehmen sowie private Haushalte etwas optimistischer in die Zukunft blickten.

Kapitalmärkte

Die Aktienanleger blicken auf ein gutes Jahr 2023 zurück. Der Dax hat auf Jah-

ressicht etwa um 20,3 % zugelegt, was im Vergleich zum Vorjahr (Rückgang um 12,4 %) ein sehr starkes Ergebnis war. Der Dax schwankte im Jahresverlauf stark zwischen dem Tiefststand von 13.924 Punkten und dem zwischenzeitlich Allzeithoch von 16.795 Punkten. Die „Top 3“ im Dax haben eine Performance zwischen +45 % und +54 % erreicht, dazu zählen Rheinmetall, Heidelberg Materials und SAP. Dagegen haben mit bis zu -35 % Bayer, Siemens Energy und Zalando am stärksten nachgegeben. Auf den internationalen Börsenplätzen in Europa (EURO STOXX +19,2 %) und Amerika (Dow Jones +13,7 %) entwickelten sich die Aktien ebenfalls positiv. Hingegen entwickelten sich die Aktienmärkte in China negativ (Hang Seng -13,8 %).

Der Rentenmarkt entwickelte sich im abgelaufenen Jahr sehr volatil. Nach den starken Abschlagen im Vorjahr führten insbesondere der Rückgang der Inflation und die Hoffnung auf Zinssenkungen zu positiven Entwicklungen bei Anleihen mit längeren Laufzeiten. Dies spiegelte sich auch in den Renditen zehnjährigen Bundesanleihen wider, die innerhalb des Jahres auf über 3 % stiegen und das Jahr mit einem leichten Renditerückgang von 2,02 % (Vorjahr 2,51 %) beendeten.

Immobilienmärkte

Die im Jahr 2022 erfolgte Zinswende löste konjunkturelle Bremseffekte, insbesondere am Immobilienmarkt, aus, deren weitere Verstärkung im Jahr 2023 zu spürbaren Verwerfungen führten. Die geringere Nachfrage nach Immobilien wurde zudem durch grundsätzlich oft fehlende Finanzierungsoptionen für Kunden belastet. Die in den Vorjahren gestiegenen Baukosten verharrten dagegen bis heute unverändert auf hohem Niveau. Die Transaktionen auf den Immobilienmärkten in den Regionen Hamburg, Berlin und Sylt waren zwischenzeitlich nahezu zum Stillstand gekommen. In den Top 7 Metropolen gingen die Preise in den vergangenen Monaten entsprechend zurück, darunter auch in den von uns bearbeiteten Märkten Berlin und Hamburg.

Zwischenzeitlich lassen sich leichte Erholungstendenzen erkennen. Unterstützend wirkt hierbei die unverändert starke Nachfrage nach Mietwohnraum mit entsprechenden Mietpreisentwicklungen. Die Mieten erhöhten sich in 2023 bundesweit durchschnittlich um 2,0 %. In unseren Zielmärkten Hamburg und Berlin fielen die Erhöhungen mit 5,5 % bzw. 18,7 % erkennbar höher aus. Gleichzeitig gingen in Hamburg die Immobilienpreise laut einer Studie der Landesbausparkasse Nord

Ost AG für Ein- und Zweifamilienhäuser um -10,0 % und für Eigentumswohnungen um -3,7 % zurück. Die Preise im Hamburger Umland sind mit einem Rückgang von -10,7 % für Ein- und Zweifamilienhäuser und einem Rückgang von -9,6 % für Eigentumswohnungen ebenfalls gesunken.

Unser wichtigster Immobilienmarkt mit circa zwei Dritteln des Kreditportfolios ist nach wie vor Berlin. Dort und im Umland entwickelten sich laut einer Studie der Guthmann Estate GmbH die Preise für bestehende Wohnimmobilien mit einem Rückgang von -4% ebenfalls rückläufig und blieben bei Neubauimmobilien konstant. Wir haben in unserem Geschäft in Berlin sowohl bei Bestands- als auch bei Neubauimmobilien zum Teil größere Preisrückgänge beobachtet. Bei etwas günstigeren Finanzierungsbedingungen könnte dies einen positiven Nachfrageeffekt haben.

Auch der Immobilienmarkt auf Sylt hat sich nach den starken Preissteigerungen der Vorjahre beruhigt. Im vergangenen Jahr gab es erstmals seit einigen Jahren leichte Preiskorrekturen nach unten.

Geschäftsentwicklung unserer Bank

Unsere beiden wesentlichen Geschäftsbereiche, die Zwischenfinanzierung von Wohnimmobilien für unsere Zielkunden und die Vermögensanlage, haben sich im Geschäftsjahr 2023 grundsätzlich zu unserer Zufriedenheit entwickelt und liegen zusammen betrachtet auf Höhe der geplanten Zielgrößen. Gleichwohl wurde aufgrund der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt sowie deren Einfluss auf Sicherheitenwerte unter anderem erneut eine höhere Risikovorsorge gebildet.

In der Vermögensanlage wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Kunden- und Interessentenveranstaltungen durchgeführt. Das von uns verwaltete Vermögen blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. Die Wertpapierumsätze lagen hierbei unter dem Vorjahresniveau.

Im Kundenkreditgeschäft wurde das Neugeschäft aufgrund der Entwicklungen an den Immobilienmärkten strategisch vorsichtig gesteuert. Dies führte zu einem bewussten Rückgang bei der Anzahl neuer Projektfinanzierungen in unseren Kernmärkten.

Insgesamt lag die geschäftliche Entwicklung nach Bewertung unter unseren Erwartungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Am Bilanzstichtag lagen unsere Forderungen an Kunden mit 317,6 Mio. Euro um 37,0 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert und auch unter dem Planwert. Unter Einbeziehung von Bürgschaftsverpflichtungen und offenen Kreditzusagen weisen wir ein um 54,7 Mio. Euro niedrigeres Kundenkreditvolumen von 331,9 Mio. Euro aus. Dieses niedrigere Niveau ist Ergebnis einer bewusst defensiven Steuerung des Kreditgeschäftes in einem schwierigen Umfeld. Das jahresdurchschnittliche Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr ungeachtet dessen noch um 4 %, lag damit aber noch unter dem Planwert.

Vor dem Hintergrund des reduzierten Bestands der Kundenforderungen zum Bilanzstichtag nahmen unsere zur Refinanzierung hereingenommenen Kundeneinlagen um 53,7 Mio. Euro auf 273,8 Mio. Euro ab.

Die Eigenmittel unserer Bank per 31.12.2023 betragen nach den Vorabzuführungen in die Gewinnrücklagen (einschließlich Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB) 76,0 Mio. Euro. In Umsetzung einer der Hauptversammlung vorgeschlagenen weiteren Dotierung der Gewinnrücklagen durch die Hauptversammlung werden die Eigenmittel der Bank auf voraussichtlich 78,3 Mio. Euro steigen; dies entspricht einer Erhöhung im Jahresvergleich um rund 4 %. Die Gesamtkapitalquote nach der

Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) in Verbindung mit (EU) Nr. 2019/876 (CRR II) betrug am Bilanzstichtag ebenso wie die Kernkapitalquote 18,8 %.

Die Otto M. Schröder Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquidität haben wir eingehalten.

Das operative Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern, Wertberichtigungen sowie Zuführungen zur Rücklage nach § 340 g HGB) von 15,5 Mio. Euro lag etwa um 13 % unter dem Vorjahresergebnis.

Die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren der Otto M. Schröder Bank AG sind das Zins- und Provisionsergebnis, das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen, das Kundenkreditvolumen, die Verwaltungsaufwendungen und die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht zur Steuerung der Bank genutzt.

Das Zinsergebnis, das fast ausschließlich auf das Kundenkreditgeschäft entfällt, reduzierte sich um rund 4 % auf 19,4 Mio. Euro, übertraf damit jedoch unsere Planung leicht.

Das Provisionsergebnis reduzierte sich um 49 % auf 3,3 Mio. Euro und lag damit unter der Planung. Das Provisionsergebnis der

Vermögensanlage ging hierbei um 29 % zurück. Die Provisionsergebnisse aus emissionsbegleitenden Tätigkeiten haben sich um 60 % und aus dem Kreditgeschäft um 60 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduziert.

Das Vermögensverwaltungs- und Depotvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1 % zurückgegangen und lag damit unter dem Planwert. Der Rückgang des Provisionsergebnisses in der Vermögensanlage ist durch den Rückgang des Handelsvolumens begründet.

Die Verwaltungskosten der Bank gingen um 12 % auf 7,6 Mio. Euro zurück und lagen leicht unter unserer Planung. Die Veränderung dieses Postens ist im Wesentlichen durch den Wegfall von einmaligen Aufwendungen aus dem Vorjahr geprägt.

Die Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft lag im Berichtsjahr saldiert bei 6,7 Mio. Euro und damit auf dem Niveau des Vorjahres. Ausschlaggebend waren Zuführungen zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen nach der Methode des IDW RS BFA 7 sowie auch die Bildung von zusätzlichen Wertberichtigungen. Die gebildeten Wertberichtigungen decken die bestehenden Risiken im Kreditportfolio nach unserer Einschätzung ausreichend ab.

In der Steuerposition spiegeln sich neben der geschäftlichen Entwicklung auch die unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäbe

zwischen Handels- und Steuerrecht in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen wider.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 3,7 Mio. Euro (Vorjahr 4,9 Mio. Euro). In die anderen Gewinnrücklagen haben wir vorab 0,4 Mio. Euro eingestellt, so dass sich unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags ein Bilanzgewinn von 3,3 Mio. Euro ergibt. Es ist beabsichtigt, daraus weitere 2,30 Mio. Euro den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank AG ist geordnet.

3. BERICHT ÜBER DAS RISIKOMANAGEMENT

Überblick

Die Risikopositionen unserer Bank liegen überwiegend im Bereich der Adressenausfallrisiken. Daneben werden Zinsänderungsrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken als wesentlich eingestuft.

Wir benutzen zur Messung und Steuerung der Risiken ein strategisches Controlling. Die Ziele der Risikopolitik legt der Vorstand unter Beachtung einer rendite- und risikoorientierten Ausrichtung fest. Jederzeit muss das Eigenkapital ausreichen, um die Risiken, selbst bei Kumulierung und gleichzeitigem Eintritt aller Risiken, abdecken zu können. Wir nutzen ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer normativen und ökonomischen Perspektive. Die beiden Perspektiven ergänzen sich und fließen ineinander über. Wir befassen uns regelmäßig mit der Kapitalausstattung der Bank, um sicherzustellen, dass einerseits die Risiken hinreichend durch internes Risikodeckungspotenzial unterlegt sind und andererseits aufsichtsrechtliche Anforderungen eingehalten werden. Zur Weiterentwicklung und Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts sind vom Vorstand Prozesse installiert, um die jederzeitige Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Aufgaben unseres Risikocontrollings sind die Erfassung und zeitnahe Bewertung

aller als wesentlich identifizierten Risiken einschließlich der Treiber von Nachhaltigkeitsrisiken. Jährlich werden hierzu die strategische Ausrichtung sowie das Geschäftsmodell auf neue, noch nicht identifizierte Risiken sowie damit verbundene Risikokonzentrationen hin untersucht. Für alle als wesentlich identifizierten Risiken, die im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts quantifiziert werden, sind Risikolimits vom Vorstand festgelegt und vom Aufsichtsrat genehmigt, um die Risikobereitschaft wirksam zu begrenzen. Sowohl für erwartete sowie unerwartete Risiken sind Maßnahmen zur Limitierung, Überwachung, Risikosteuerung und Berichterstattung implementiert. Darüberhinausgehende Risiken, die nicht Bestandteil der Risikotragfähigkeitsberechnung sind, steuern wir auf Basis geeigneter Verfahren. Für alle als nicht-wesentlich identifizierten Risiken halten wir zusätzlich einen freiwilligen Managementpuffer vor. Monatlich werden der Vorstand und der Aufsichtsrat über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert. Darüber hinaus informiert das Risikocontrolling vierteljährlich in Form eines Risikoberichts über die Risikosituation inklusiver einer Beurteilung.

Mit Hilfe von Frühwarnindikatoren sollen nicht erwartete Marktentwicklungen frühzeitig erkannt werden. Zur Vervollständigung

gung der Risikoperspektive verschaffen wir uns mit Hilfe von regelmäßigen Stress-tests Kenntnisse darüber, wie sich unwahrscheinliche, aber mögliche Ereignisse auf Kapitalgrößen, die Liquiditätssituation oder die Ertragslage auswirken könnten. Im Rahmen von inversen Stresstests werden jährlich Untersuchungen vorgenommen, in denen die Belastbarkeit der Bank getestet und nach existenzbedrohenden Ereignissen geforscht wird. Dabei werden Szenarien konstruiert, in denen die Risikotragfähigkeit gefährdet ist oder wir unseren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze verfolgt.

Wie aufsichtsrechtlich vorgesehen, haben wir zur Vorbereitung auf einen möglichen Krisenfall, der zu einer Bestandsgefährdung der Bank führen könnte, einen Sanierungsplan nach vereinfachten Anforderungen aufgestellt. Ziel ist es, darzulegen, mit welchen Maßnahmen die finanzielle Stabilität der Bank gesichert oder wiederhergestellt werden kann, falls sich die Vermögens-, Finanz- oder Ertragsentwicklung wesentlich verschlechtert. Zu diesem Zweck wurden Schlüsselindikatoren mit Schwellenwerten festgelegt, die regelmäßig überwacht und gesteuert werden. Die Berichterstattung erfolgt monatlich an den Vorstand und Aufsichtsrat.

Adressenausfallrisiken

Zu den Adressenausfallrisiken zählen neben jenen des klassischen Kreditgeschäfts auch Länder- und Kontrahentenrisiken. Diese Risikoart beinhaltet für uns aufgrund des Volumens des betriebenen Kreditgeschäfts das größte Risikopotenzial. Fast ausschließlich betrifft es Kunden innerhalb Deutschlands und wird maßgeblich durch die Situation an den Immobilienmärkten beeinflusst.

Adressenausfallrisiken bestehen in unserem Haus überwiegend aufgrund möglicher Wertverluste, die durch Bonitäts- oder Sicherheitenverschlechterungen von Kundenforderungen entstehen können. Die vorgenommene Risikovorsorge deckt nach unserer Einschätzung wahrscheinliche Verluste in unserem Kreditportfolio ab. Entsprechend unserer Kreditrisikostategie haben wir ein Risikoklassifizierungssystem implementiert, das in 16 Risikoklassen aufgeteilt ist und ein detailliertes Abbild unserer Kreditrisiken bietet. Es berücksichtigt sowohl die Bonität des Kreditnehmers als auch die Kreditsicherheiten. Im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts werden die Blankoanteile der Risikoklassen mit ihren Ausfallwahrscheinlichkeiten bemessen. Die Bewertungen der Sicherheiten erfolgen nach einem einheitlichen standardisierten Verfahren. Ergänzend werden die zusätzlichen Risiken von Wertverlusten bei Sicherheiten und die Verschlechterung des Kreditratings quantifiziert. Daneben werden unerwartete Risiken im Kreditportfolio un-

serer Bank mittels des Modells CreditRisk+ berechnet. Der Credit-Value-at-Risk (CVaR) stellt das unerwartete Verlustrisiko unter Berücksichtigung einer definierten Wahrscheinlichkeit von 99,9 % innerhalb eines Jahres dar und wird monatlich ermittelt.

Lagen Informationen bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses vor, die einen Wertberichtigungsbedarf bei Kundenforderungen erkennen ließen, haben wir für einen möglichen Forderungsverlust Risikovorsorge in Form von Wertberichtigungen gebildet. Für potenzielle und zum Bilanzstichtag noch nicht identifizierbare Adressenausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen nach den Anforderungen des IDW RS BFA 7 gebildet.

Durch die Variation von Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Entwicklung von Sicherheitenwerten wird das Adressenausfallrisiko in diversen Szenarien gestresst. Es wird untersucht, wie sich die Risikohöhe unter festgelegten und jährlich überprüften Simulationsannahmen entwickelt. Dabei werden die beiden wichtigsten Parameter „Ausfallwahrscheinlichkeiten“ und „Risikoexposition“ erhöht und die Ergebnisse in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Die Überwachung auf Risikoklassenebene erfolgt täglich. Zusätzlich bestehen wöchentliche und monatliche Kontrollen auf Einzelkreditnehmerebene, um negative Entwicklungen und Risiken frühzeitig zu erkennen.

Forderungen gegenüber anderen Kreditinstituten sind nur mit sehr geringen Risiken in Form von Kontrahentenrisiken verbunden. Die Forderungen bestehen ausschließlich in Form von Guthaben auf Nostrokonten, die bei Zentralbankinstituten und bei der DZ Bank geführt werden.

Im Rahmen des Adressenausfallrisikos betrachten wir auch das Risiko aus unseren Beständen an marktengen Aktientiteln. Die Volumina betragen weniger als 1 % unserer Eigenmittel.

Insgesamt belaufen sich die im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts für Adressenausfallrisiken reservierten Limite auf 20 % des Risikodeckungspotenzials. Das auf diese Risikoart aus dem freien Risikodeckungspotenzial allokierte und regelmäßig überwachte Limit ist zum Jahresende mit 89 % ausgelastet.

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken umfassen alle potenziellen barwertigen Verluste aufgrund der Veränderung von Marktzinsen. Diese können aus fristeninkongruenter Refinanzierung und aus unterschiedlichen Zinselastizitäten der einzelnen Aktiv- und Passivpositionen resultieren.

Zinsänderungsrisiken sind insgesamt in einem überschaubaren Maße vorhanden, da wir im Kreditgeschäft Zinsvereinbarungen für 3 Monate und bei Einlagen grundsätz-

lich nicht länger als 12 Monate eingehen. Die barwertige Risikomessung erfolgt monatlich durch eine Value-at-Risk-Berechnung (VaR) mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Komplementiert wird die Risikosteuerung durch Berechnungen von unterschiedlichen Zinsschockszenarien. Ergänzend wird das Zinsänderungsrisiko durch die Variation von Parametern in diversen Szenarien gestresst. Daneben werden die Frühwarnindikatoren quartalsweise analysiert.

Mit Blick auf die Risikotragfähigkeit wird ein Risikolimit für Zinsänderungsrisiken vorgehalten, das 2,0 % des Risikodeckungspotenzials beträgt. Aufgrund von Parameteranpassungen zum Jahresende wurde das Risikolimit nach dem Bilanzstichtag auf 5,0 % des Risikodeckungspotenzials angehoben.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind jene, die durch Unzulänglichkeiten und Fehler in Geschäftsabläufen, Projekten oder bei mangelhaften Kontrollen sowie durch Betrug entstehen könnten. Als mögliche Ursachen kommen beispielsweise Menschen, Mängel in der Technologie oder organisatorischen Strukturen in Frage.

Durch interne Richtlinien, Festlegung von Zuständigkeiten, die Installation des Vier-Augen-Prinzips und eines wirksamen internen Kontrollsystems steuern wir die-

sen Risikobereich. Jährlich werden die Abläufe auf ihr Risikopotenzial hin untersucht und die Höhe sowie Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Es wird festgestellt, ob risikoreduzierende Maßnahmen vorhanden und ausreichend sind. Hierzu zählt auch die Überprüfung des bestehenden Versicherungsumfangs. Unsere Verträge und Formulare passen wir stets an geänderte gesetzliche Vorschriften an. Schäden werden in einer Datenbank dokumentiert und klassifiziert. Gegebenenfalls werden Maßnahmen eingeleitet, um Schäden in Zukunft zu vermeiden bzw. zu begrenzen.

In Höhe der ermittelten Risiken wird das eingeräumte Risikolimit ausgelastet. Insgesamt beläuft sich das im Rahmen des ökonomischen Risikotragfähigkeitskonzepts für operationelle Risiken reservierte Limit auf 1,0 % des Risikodeckungspotenzials. In Stressszenarien erhöhen wir den Betrag für operationelle Risiken pauschal auf das Doppelte oder Dreifache.

Für laufende Rechtsstreitigkeiten und für mögliche Auswirkungen von BGH-Urteilen haben wir ausreichend Vorsorge getroffen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Unter sonstigen Marktpreisrisiken werden im Allgemeinen das Kurs- und das Währungsrisiko subsumiert. Sie entstehen, wenn die Wertentwicklung oder der Ertrag eines Geschäftes von den zukünftigen Entwicklungen von Aktien- und Devisenkursen

abhängt. Marktpreisrisiken spielen für uns eine untergeordnete Rolle.

Die Bank ist seit dem Geschäftsjahr 2021 kein Handelsbuchinstitut mehr und hält keine Wertpapiere im Handelsbestand. Die Aktien des Anlagebuchs werden aus kaufmännischer Vorsicht mit ihrem Buchwert nach dem Niederstwertprinzip vollständig vom ökonomischen Risikodeckungspotenzial abgezogen.

Risiken aus Währungsgeschäften und dem Finanzderivatehandel bestehen nicht. Diese Geschäfte werden ausschließlich auf Rechnung für Kunden betrieben.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Fall einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen erworben werden können. Wir unterscheiden zwischen dem

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das mit der Gefahr verbunden ist, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann.
- Refinanzierungskostenrisiko, das die Gefahr beinhaltet, dass Refinanzierungsmittel, insbesondere in Stressphasen,

nur zu erhöhten Marktsätzen zur Verfügung stehen.

- Marktliquiditätsrisiko, das für die Gefahr steht, dass Refinanzierungsmittel aufgrund eines illiquiden Geld- und Kapitalmarktes nicht vollständig aufgenommen oder Aktiva nur mit Abschlägen veräußert werden können.

Täglich überwachen wir die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse und steuern entsprechend die Liquidität auf unseren Konten. Bei der Aufnahme von neuen Geldern am Geld- und Kapitalmarkt wird eine Marktkonformitätskontrolle durchgeführt. Regelmäßig werden in unterschiedlichen Modellen die zukünftigen Zahlungsmittelzu- und -abflüsse simuliert, um einen möglichen Liquiditätsengpass zu identifizieren. Wir verändern in den Stressszenarien die Zu- und Abflussparameter, um Veränderungen im Zahlungs- und Abrufverhalten unserer Kunden zu simulieren und deren Auswirkungen auf unsere Liquidität sowie den Überlebenshorizont zu untersuchen. Für Fälle, in denen Liquiditätsengpässe bestehen sollten, wurden Maßnahmen für die Generierung zusätzlicher Zahlungsmittel festgelegt.

Unsere Refinanzierung erfolgt im Wesentlichen in Form von kurzfristigen Sicht-, Spar- und Termineinlagen sowie Kündigungsgeldern von Kunden. In Ausnahmefällen wird kurzfristige Liquidität bei anderen Kreditinstituten aufgenommen.

Unter den Annahmen von Zahlungsmittelzu- und -abflüssen sind in den monatlich durchgeführten Berechnungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) keine strukturellen Liquiditätsprobleme erkennbar geworden. Die im Geschäftsjahr geltende aufsichtsrechtliche Untergrenze von 100 % haben wir eingehalten. Zum Jahresende betrug die Kennziffer 226 %.

Zusammenfassung der Risikolage

Ausgangspunkt unserer Risikosteuerung sind die Vorgaben des Risikotragfähigkeitskonzepts. Es beschreibt das Ziel der Risikosteuerung sowie alle Komponenten unseres Risikodeckungspotenzials und den Umgang mit den identifizierten Risiken. Das Konzept wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Insgesamt ist das vorhandene ökonomische Risikodeckungspotenzial zu 24 % durch die quantifizierten wesentlichen Risiken ausgelastet. Zum Jahresende bestanden keine Risiken, die über das installierte Gesamtrisikolimit hinausgingen. Die ökonomische Risikotragfähigkeit wurde somit eingehalten.

Unser Risikocontrolling überwacht täglich die Kapital- und Liquiditätsindikatoren sowie monatlich die weiteren Schlüsselindikatoren für das Risikomanagement. Quartalsweise führt es Stresstests bei den

Adressenausfallrisiken, den Zinsänderungsrisiken, den operationellen Risiken und den Liquiditätsrisiken sowie eine Abweichungsanalyse von der Ergebnisplanung durch. Darüber hinaus analysiert und beurteilt das Risikocontrolling im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts die Adressenausfallrisiken sowie Risikokonzentrationen aus Bestands- und Neugeschäften auf Basis des Gesamtportfolios. Strategische Risikokonzentrationen bestehen durch das Kreditgeschäft in den Zielregionen Hamburg und Berlin. Auf Ebene der Einzelkreditnehmer werden wöchentliche Überprüfungen der Engagemententwicklungen vorgenommen. Wir überwachen damit innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts alle als wesentlich identifizierten Risiken der Bank.

Die Angemessenheit der Eigenmittel jedes Kreditinstituts wird durch Rahmenbedingungen der Bankenaufsicht geregelt. Die Gesamtkapital- und Kernkapitalquoten nach CRR betragen am Jahresende 18,8 %. Die Gesamtkapitalquote lag damit wie im gesamten Jahr deutlich über der Untergrenze, die Ende 2023 institutsspezifisch bei 11,5 % festgelegt war. Kapitalpuffer und SREP-Zuschläge sind Bestandteil dieser Untergrenze. Die normative Risikotragfähigkeit im mehrjährigen Betrachtungshorizont in dem Basisszenario sowie in adversen Szenarien wurde eingehalten.

4. PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN

Der nachfolgende Teil der aktuellen Prognoseberichterstattung basiert auf der durch den Vorstand erstellten und durch den Aufsichtsrat gebilligten Planungsrechnung für das Geschäftsjahr 2024.

Im ersten Quartal 2024 stieg der DAX auf ein neues Allzeithoch mit 18.567 Punkten. Seitdem befindet sich der Dax in einer Seitwärtsbewegung und notierte Ende April bei 17.932 Punkten. Wir erwarten den deutschen Leitindex im gesamten Jahr zwischen 16.000 und 20.000 Punkten mit temporären Ausschlägen. Ein weiteres Allzeithoch im Jahresverlauf scheint mithin möglich. Wir schätzen die Unsicherheiten auf Seiten der Geld- und Geopolitik dabei weiterhin als hoch ein.

Die Politik der Europäischen Zentralbank scheint uns in diesem Jahr weiterhin vorsichtig vortastend. Aufgrund der weiter rückläufigen Inflation werden erste Zinssenkungen erwartet. Die hohen Zinsen belasten sowohl die Konjunktur als auch die Haushalte der öffentlichen Hand.

Aufgrund weiterhin deutlich positiver Renditen im Rentenmarkt stehen unseres Erachtens neben Aktien auch Anleihen im Fokus der Anleger. Wir erwarten, dass die Anleiherenditen, solange keine Zinssenkungen durch die EZB vorgenommen werden, ebenfalls auf dem höheren Niveau

verharren. Immobilien spielen weiterhin eine wichtige Rolle für Anleger, wobei die Attraktivität durch die weiterhin hohen Zinsen niedriger ist als in den Jahren vor der Zinserhöhung. In unserer Planung gehen wir gegenüber dem Vorjahr von leicht sinkenden Zinsen und einer niedrigeren Inflationsrate zwischen 2 % und 4 % aus.

Bevorzugte Anlagen im Jahr 2024 werden unseres Erachtens wieder Aktien sein, die selektiv von der Inflation profitieren können, sowie Anleihen mit kurz- bis mittelfristigen Laufzeiten sein. Ebenso sind Investitionen in Rohstoffe und Gold in unserem Fokus.

Im Immobilienbereich erwarten wir nach dem starken Rückgang der Transaktionen am Immobilienmarkt im Vorjahr für das Jahr 2024 in den Metropolregionen eine vorsichtig zurückkehrende Nachfrage nach Wohnimmobilien. In Berlin hat das Transaktionsvolumen in den ersten Monaten des Jahres 2024 wieder leicht zugenommen. Nach den Preissteigerungen der Vorjahre gehen wir in unseren Zielregionen Hamburg und Berlin nach den jüngsten Preisrückgängen noch nicht von einer Erholung der Kaufpreise aus. Gleichwohl werden weitere Mietpreissteigerungen aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum erwartet. Auf Sylt erwarten wir weiterhin eine hohe Nachfrage nach Wohnraum, wo-

bei wir erwarten, dass die Anzahl der Neubauprojekte auf Grund der wenigen freien Flächen und stärker werdender Regularien weiter zurückgeht.

Auf diesen Erwartungen aufbauend sehen wir insgesamt trotzdem gute Chancen, auch weiterhin unsere Geschäfte in der Immobilienzwischenfinanzierung und Vermögensanlage erfolgreich betreiben zu können. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einer konstanten Kreditanspruchnahme bei verminderter Zinsspanne. Dies führt in unserer Planung zu einem im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 sinkenden Zinsergebnis im einstelligen Prozentbereich.

Für das Provisionsergebnis insgesamt erwarten wir einen signifikanten Rückgang, sowohl im Kreditgeschäft als auch in der Vermögensanlage.

Hinsichtlich des Vermögensverwaltungs- und Depotvolumens planen wir kursbereinigt mit einer moderaten Steigerung der durchschnittlichen Assets-under-Management.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir bei einer allgemeinen Kostensteigerung mit 4 % über dem Vorjahr angesetzt.

Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden auf Basis des erwarteten Ausfallrisikos unseres Kreditportfolios ermittelt und an das Kreditvolumen angepasst. Aufgrund der oben beschriebenen, mit Unsi-

cherheiten behafteten Marktentwicklung wird ein Wertberichtigungsbedarf auf Basis der Vorjahre eingeplant. Sondereffekte wie Wertveränderungen im Aktienbestand des Anlagebuchs, aber auch das Risiko, Abschreibungen vornehmen zu müssen, haben wir in der Planung nicht berücksichtigt.

Aufgrund unserer Konzentration auf die uns gut bekannten Zielmärkte im Immobiliengeschäft und der hohen Kundenorientierung in beiden Geschäftsfeldern sowie unserer qualifizierten und engagierten Mitarbeiter sehen wir uns gut gerüstet, die sich aus geopolitischen Vorkommnissen und wirtschaftlichen Veränderungen ergebenden Risiken zu beherrschen und gleichsam unsere Chancen erfolgreich nutzen zu können.

In Abwägung der beschriebenen Faktoren zeigt unsere Planung für das Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr ein leicht niedrigeres Ergebnis.

Hamburg, den 31. Mai 2024

Der Vorstand



Helmuth Spincke



Norbert Kistermann



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

Aktiva

	31.12.2023		31.12.2022	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. BARRESERVE				
a) Kassenbestand	38		28	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken (darunter: bei der Deutschen Bundesbank)	22.732 <u>(22.732)</u>		33.898 <u>(33.898)</u>	
		22.771	33.926	
2. FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
a) täglich fällig	7.294		11.186	
b) andere Forderungen	<u>450</u>		<u>450</u>	
		7.744	11.636	
3. FORDERUNGEN AN KUNDEN		317.606	354.647	
4. SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank)	9.139 <u>(9.139)</u>		9.093 <u>(9.093)</u>	
b) von anderen Emittenten (darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank))	0 <u>(0)</u>		0 <u>(0)</u>	
		9.139	9.093	
5. AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE		418	478	
6. HANDELSBESTAND		0	0	
7. BETEILIGUNGEN		0	0	
8. IMMATERIELLE ANLAGEWERTE				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1	5	
9. SACHANLAGEN		216	358	
10. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		645	459	
11. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		138	147	
Summe der Aktiva		<u>358.678</u>	<u>410.749</u>	

Passiva

	31.12.2023		31.12.2022	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN				
a) Spareinlagen				
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		20.686	<u>31.272</u>	
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	59.752			121.610
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>193.363</u>		<u>174.645</u>	
		253.115	<u>296.255</u>	
		273.801	327.527	
2. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		264		391
3. RÜCKSTELLUNGEN				
a) Rückstellungen für Pensionen				
und ähnliche Verpflichtungen	1.764			1.682
b) Steuerrückstellungen	1.206			1.010
c) andere Rückstellungen	<u>2.697</u>		<u>3.883</u>	
		5.667	<u>6.576</u>	
4. FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRIKEN		26.850		26.850
<i>(darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)</i>		(0)		(0)
5. EIGENKAPITAL				
a) gezeichnetes Kapital	6.850			6.850
b) Kapitalrücklage	2.577			2.577
c) Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen	39.323			36.773
d) Bilanzgewinn	<u>3.346</u>		<u>3.205</u>	
		52.096	<u>49.405</u>	
Summe der Passiva		<u>358.678</u>	<u>410.749</u>	
1. EVENTUALVERBINDLICHKEITEN		1.352		778
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften				
und Gewährleistungsverträgen				
		12.895		31.129
2. ANDERE VERPFLICHTUNGEN				
Unwiderrufliche Kreditzusagen				

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

	2023		2022	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
1. ZINSERTRÄGE				
a) aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	24.908		20.907	
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	<u>0</u>	24.908	<u>0</u>	
b) aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		274	50	
		<u>25.182</u>	<u>20.957</u>	
2. ZINSAUFWENDUNGEN	5.790		702	
abzgl. positive Zinsen aus dem Einlagengeschäft	<u>-1</u>	5.788	<u>-26</u>	
		<u>19.394</u>	<u>20.281</u>	
3. LAUFENDE ERTRÄGE AUS AKTIEN		4	0	
4. PROVISIONSERTRÄGE	3.674		6.813	
5. PROVISIONSAUFWENDUNGEN	<u>354</u>		<u>358</u>	
		3.320	6.455	
6. NETTOERTRAG DES HANDELSBESTANDS		0	0	
7. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		484	168	
8. ALLGEMEINE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.223		4.973	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (darunter: für Altersversorgung)	660 <u>(149)</u>		628 <u>(171)</u>	
	<u>4.883</u>		<u>5.601</u>	
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>2.739</u>		<u>3.103</u>	
		7.622	8.704	
9. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SACHANLAGEN		103	118	
10. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		52	267	
11. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN UND BESTIMMTE WERTPAPIERE SOWIE ZUFÜHRUNGEN ZU RÜCKSTELLUNGEN IM KREDITGESCHÄFT		6.720	6.078	

	2023		2022
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
12. ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNGEN AUF BETEILIGUNGEN, ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND WIE ANLAGEVERMÖGEN BEHANDELTE WERTPAPIERE		99	170
13. ZUFÜHRUNGEN ZUM FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN (darunter: Zuführung Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB)		0 <u>(0)</u>	1.000 <u>(0)</u>
14. ERGEBNIS DER NORMALEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		8.606	<u>10.567</u>
15. STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	4.882		5.673
16. SONSTIGE STEUERN, SOWEIT NICHT UNTER POSTEN 10 AUSGEWIESEN	<u>5</u>	4.888	<u>0</u> <u>5.673</u>
17. JAHRESÜBERSCHUSS		3.718	4.893
18. GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR		27	11
19. EINSTELLUNGEN IN ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN		400	1.700
20. BILANZGEWINN		<u>3.346</u>	<u>3.205</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

ALLGEMEINE ANGABEN

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Firma:

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft

Sitz: Hamburg

Registergericht: Amtsgericht Hamburg

Handelsregisternummer: HRB 36936

Vorschriften zur Rechnungslegung

Den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2023 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Vorjahr unverändert beibehalten:

Die Barreserve wird zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

Allen erkennbaren Risiken haben wir durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Rückstellungen Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden für identifizierte ausfallgefährdete Kredite in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, der sich aus der Forderungshöhe abzüglich der zu erwartenden Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten ergibt.

Zur Abdeckung latenter Risiken im Forderungsbestand sowie bei Eventualverbindlichkeiten bestehen Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen. Sie werden nach den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7 ermittelt.

Darüber hinaus haben wir Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Die Bank nutzt das Wahlrecht, die Wertpapiere des Anlagebestands nach dem strengen Niederstwertprinzip zu bewerten. Das Wertaufholungsgebot wird berücksichtigt. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt bis

auf eine Aktie auf Basis von Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag.

Im Geschäftsjahr wurden keine Beteiligungen gehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um linear berechnete planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen nehmen wir bei darüberhinausgehender dauernder Wertminderung vor.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Bei der Bewertung wird die Anwartschaftsbarwertmethode zugrunde gelegt.

Allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde durch Bildung entsprechender Rückstellungen Rechnung getragen. Sie werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Entsprechend den Anforderungen der vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirt-

schaftsprüfer verabschiedeten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ haben wir durch eine Berechnung auf der Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nachgewiesen, dass die Bildung einer Rückstellung nach § 340a in Verbindung mit § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB für einen Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zum Abschlussstichtag nicht erforderlich ist. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zugrunde gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir die zukünftigen Periodenergebnisbeiträge des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch anfallenden Risiko- und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Latente Steuern werden für temporäre Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Sie werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze (Körperschaftsteuer 15 %, Solidaritätszuschlag 5,5 %, Gewerbesteuer 16,45 %) und der Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen erwartet wird. Vom Wahlrecht des § 274

Abs. 1 Satz 2 HGB, die sich nach Saldierung insgesamt ergebenden zukünftigen Steuerentlastungen zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht. Die zukünftigen Steuerentlastungen betreffen im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach § 340f HGB und die Kreditrisikovorsorge.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag ausgewiesen. Die Einschätzung des Ausfallrisikos für unter der Bilanz ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wird nach den für die Ermittlung von Wertberichtigungen geltenden Grundsätzen vorgenommen.

Die Fremdwährungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB in Verbindung mit § 340h HGB. Dabei sind die Aktiv- und Passivwerte, die auf fremde Währung lauten, zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Aufwendungen und Erträge gehen zu den Umrechnungskursen des jeweiligen Buchungstages in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Sämtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche je Währung sind besonders gedeckt. Daher werden neben den Verlusten auch die Gewinne aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Das Ergebnis von 12 Tsd. Euro (Vorjahr 7 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(Alle Tabellenangaben in Tsd. Euro. Aufgrund von mathematischen Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.)

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN	31.12.2023	31.12.2022
Aktivseite		
Andere Forderungen an Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten	450 450	450 450
Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	317.606 0 134.229 133.954 49.423	354.647 0 104.705 201.459 48.483
Anleihen und Schuldverschreibungen davon: im Folgejahr fällig	9.139 2.001	9.093 4.006
Passivseite		
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit einer Restlaufzeit von bis zu drei Monaten mehr als drei Monaten bis zu einem Jahr mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	193.363 126.049 67.314 0	174.645 121.014 49.228 4.403

Anteilige Zinsen werden gemäß § 11 Satz 3 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten auf-

gegliedert. Der Ausweis erfolgt grundsätzlich im ersten Laufzeitband.

Forderungen an Kunden

Dieser Bilanzposten macht rund 89 % der Aktivseite unserer Bilanz aus. Er enthält im Wesentlichen Forderungen aus der Immobilien- und Bauträgerzwischenfinanzierung im wohnwirtschaftlichen Bereich.

Nachrangige Forderungen liegen in Höhe von 1.100 Tsd. Euro (Vorjahr 665 Tsd. Euro) vor. Einzelwertberichtigungen für diese Kredite bestehen wie im Vorjahr nicht.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Sämtliche Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Bilanzwert von 9.139 Tsd. Euro (Vorjahr 9.093 Tsd. Euro) sind börsenfähig und börsennotiert.

Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 418 Tsd. Euro (Vorjahr 478 Tsd. Euro) sind börsenfähig und mit Ausnahme von 90 Tsd. Euro (wie im Vorjahr) börsennotiert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

ANLAGEVERMÖGEN	Schuldver- schrei- bungen	Aktien	Beteili- gungen	Immaterielle Anlage- werte	Sach- anlagen	Gesamt
Anschaffungskosten						
Stand Vorjahr	9.327	2.857	0	129	884	13.196
Zugänge	4.112	0	0	0	20	4.132
Abgänge	4.158	0	0	0	122	4.280
Stand 31.12.2023	9.281	2.857	0	129	782	13.049
Abschreibungen						
Stand Vorjahr	234	2.379	0	124	526	3.263
Abschreibungen im Geschäftsjahr	33	60	0	4	105	202
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0	0	0
Abgänge	125	0	0	0	65	190
Stand 31.12.2023	141	2.439	0	128	566	3.274
Restbuchwert						
Stand Vorjahr	9.093	478	0	5	358	9.934
Stand 31.12.2023	9.139	418	0	1	216	9.775

Die Sachanlagen betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden im Zusammenhang

mit Zu- und Abgängen sowie Umbuchungen Abschreibungen in Höhe von 4 Tsd. Euro (Vorjahr 6 Tsd. Euro) vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten enthält im Wesentlichen eine Immobilie in Berlin in Höhe von 450 Tsd. Euro, Steuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 182 sowie sonstige Erstattungsansprüche in Höhe von 12 Tsd. Euro (Vorjahr 9 Tsd. Euro).

Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten werden überwiegend Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern in Höhe von 250 Tsd. Euro (Vorjahr 150 Tsd. Euro) sowie aus offenen Rechnungen (14 Tsd. Euro) ausgewiesen.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag anhand der Anwartschaftsbarwertmethode bemessen. Folgende Parameter wurden der Bewertung zugrunde gelegt:

- Rechnungszinssatz: 1,82 % p.a. (Vorjahr 1,78% p.a.)
- Rententrend: 1,00 % bzw. 1,75 % p.a. (wie im Vorjahr)
- Biometrische Rechnungsgrundlagen: „Heubeck Richttafeln 2018G“

Der Rechnungszinssatz entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz der ver-

gangenen zehn Geschäftsjahre. Der Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 30 Tsd. Euro (Vorjahr 29 Tsd. Euro) wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag zu dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 15 Tsd. Euro (Vorjahr 69 Tsd. Euro). In Höhe dieses Differenzbetrags besteht eine Ausschüttungssperre.

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 1.206 Tsd. Euro (Vorjahr 1.010 Tsd. Euro) betreffen die Geschäftsjahre 2022 und 2023. Die anderen Rückstellungen in Höhe von 2.697 Tsd. Euro betreffen insbesondere personalbezogene Rückstellungen (1.406 Tsd. Euro), Rückstellungen im Kreditgeschäft (354 Tsd. Euro) und für ausstehende Rechnungen (395 Tsd. Euro). Auf- und Abzinsungsbeträge von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2 Tsd. Euro) bzw. Erträgen (0 Tsd. Euro) gezeigt.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 6.850 Tsd. Euro und ist eingeteilt in 137.000 Aktien zu je 50 Euro.

Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.577 Tsd. Euro.

Die anderen Gewinnrücklagen erhöhten sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 20. September 2023 um 2.150 Tsd. Euro und aufgrund von satzungsmäßigen Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 400 Tsd. Euro auf 39.323 Tsd. Euro.

Fremdwährungsvolumina und Termingeschäfte

In den Aktiva werden auf fremde Währungen lautende Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 1.581 Tsd. Euro (Vorjahr 1.795 Tsd. Euro) ausgewiesen. Die Passivseite enthält Schuldposten von 1.454 Tsd. Euro (Vorjahr 1.787 Tsd. Euro). Schwebende Kassageschäfte oder Devisentermingeschäfte bestehen nicht.

Am Bilanzstichtag bestanden auch keine sonstigen noch nicht abgewickelten Termingeschäfte.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden Zahlungsverpflichtungen aus einem langfristigen Mietvertrag mit einer Restlaufzeit von sechs Jahren in Höhe von insgesamt 2.573 Tsd. Euro.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Als Sicherheitsleistung für Wertpapierlieferungen und Devisenhandel sind 450 Tsd. Euro bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

Außerdem sind Aktien mit einem Kurswert zum Bilanzstichtag von 224 Tsd. Euro (Vorjahr 288 Tsd. Euro) als Sicherheit bei einem Kreditinstitut hinterlegt.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zinserträge

In diesem Posten weisen wir im Wesentlichen die Zinserträge aus der Immobilien-Zwischenfinanzierung von Wohnprojekten aus. Von den Zinserträgen werden negative Zinsen aus Geldanlagen offen abgesetzt.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen enthalten fast ausschließlich die Refinanzierungskosten aus unseren Kundeneinlagen. Positive Zinsen auf Einlagen von Kunden haben wir von diesem Posten offen abgesetzt.

Provisionserträge

Die Provisionserträge entfallen im Wesentlichen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung von Wertpapieren, emissionsbegleitende Tätigkeiten sowie auf Entgelte im Zusammenhang mit kurzfristigen Zwischenfinanzierungen im Immobilienkreditgeschäft. Die Provisionserträge enthalten 15 Tsd. Euro periodenfremde Erträge.

Provisionsaufwendungen

Die Aufwendungen für Dienstleistungen im Bereich Vermögensanlage (z. B. Transaktionsentgelte) sowie Einlagengeschäft werden in diesem Posten ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die Vereinnahmung von periodenfremden Zinsstundungen in Höhe von 315 Tsd. Euro sowie die Auflösungen von nicht mehr benötigten Rückstellungen in Höhe von 150 Tsd. Euro.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Aufwendungen berücksichtigen den Personalaufwand sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen aus dem Zinsanteil der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (30 Tsd. Euro) und Schadensfällen in Höhe von 11 Tsd. zusammen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Diese Position beinhaltet die Zuführungen und Auflösungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

In diesem Posten ist die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken berücksichtigt.

einzustellen und 18 Tsd. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe in den Bereichen Forderungen und Rückstellungen führen zu einem vom handelsrechtlichen Ergebnis abweichenden höheren zu versteuernden Einkommen.

Die Ertragsteuern betreffen fast ausschließlich das Geschäftsjahr 2023.

Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 3.718 Tsd. Euro. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 27 Tsd. Euro sowie der Einstellungen in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 400 Tsd. Euro verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 3.346 Tsd. Euro (Vorjahr 3.205 Tsd. Euro).

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 7,50 Euro (Vorjahr 7,50 Euro) je 50 Euro Stammaktie zu zahlen, weitere 2.300 Tsd. Euro in die anderen Gewinnrücklagen

SONSTIGE ANGABEN

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden 36 (Vorjahr 35) Mitarbeiter/-innen beschäftigt. Davon waren 12 (Vorjahr 12) weiblich und 24 (Vorjahr 23) männlich. Zum Jahresende 2023 waren 11 (Vorjahr 10) Teilzeitkräfte beschäftigt.

Bezüge und Kredite der Organe

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2023 beträgt 70 Tsd. Euro (Vorjahr 70 Tsd. Euro).

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie der Angabe der Hinterbliebenenbezüge gemäß § 285 Nr. 9b HGB haben wir von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands waren wie im Vorjahr keine Kredite vergeben.

ABSCHLUSSPRÜFERHONORARE	2023	2022
Abschlussprüfungsleistungen	327	689
Andere Bestätigungsleistungen	52	36
Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	-	-
	379	725

Es werden die als Aufwand erfassten Honorare ohne Umsatzsteuer ausgewiesen. Die Abschlussprüfungsleistungen betreffen ausschließlich die Jahresabschlussprüfung. Die anderen Bestätigungsleistungen entfallen in voller Höhe auf die Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts nach § 89 WpHG.

Nahestehende Personen und Unternehmen

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen werden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Bedingungen, über die gemäß § 285 Nr. 21 HGB zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

Country by Country Reporting

Im Rahmen der Umsetzung des Artikels 89 EU-Richtlinie 2013/36 (Capital Requirements Directive, CRD IV) wurde in § 26a KWG Angabepflichten zur länderbezogenen Aufgliederung bestimmter Informationen aufgenommen:

Firma:	Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft
Art der Tätigkeit:	Kreditinstitut
Geographische Lage:	Hamburg
Umsatz:	23.150 Tsd. Euro
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:	30 Vollzeitäquivalente
Gewinn vor Steuern:	8.606 Tsd. Euro
Steuern auf Gewinn:	4.888 Tsd. Euro
Erhaltene öffentliche Beihilfen:	-

Die Bank unterhält keine Niederlassungen im Ausland, somit beziehen sich sämtliche Angaben auf Deutschland. Weiterhin unterliegt die Bank keiner Konsolidierungspflicht.

Gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ist die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme offenzulegen. Sie beträgt 1,04 %.

ORGANE

Aufsichtsrat

Dr. Thomas Brakensiek	Vorsitzender Vorstand CPU Softwarehouse AG
Tom Kemcke (bis 31.10.2023)	stellv. Vorsitzender Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner Sozietät Esche Schümann Commichau, Hamburg
Torsten Heick (seit 01.11.2023)	stellv. Vorsitzender Bankdirektor i. R., Rellingen
Fabian Schröder (seit 01.11.2023)	Bankkaufmann Mitarbeiter der Bank und Vertreter der Eigentümerfamilie

Vorstand

Helmuth Spincke	Vorsitzender des Vorstands
Norbert Kistermann	Mitglied des Vorstands

Hamburg, den 31. Mai 2024

Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft



Helmuth Spincke



Norbert Kistermann

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft, Hamburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EUAPrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGS-SACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksich-

tigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war die Bewertung der Forderungen an Kunden am bedeutsamsten in unserer Prüfung. Nachfolgend stellen wir diesen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Sachverhalt und Problemstellung

Das Adressenausfallrisiko resultiert bei der Otto M. Schröder Bank AG im Wesentlichen aus dem Kreditgeschäft mit Kunden. Infolgedessen stellt die Bewertung der Forderungen an Kunden unter Berücksichtigung der gebildeten Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar. Diese Auswahl erfolgte insbesondere aus Gründen der Wesentlichkeit und wegen der Verwendung geschätzter Werte in dieser Bilanzposition.

Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben wir zunächst die Wirksamkeit des relevanten internen Kontrollsystems der Otto M. Schröder Bank AG im Hinblick auf die Bewertung der Forderungen an Kunden unter Berücksichtigung der gebildeten Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen beurteilt. Wir haben das interne Kontrollsystem bezüglich der Kreditvergabe sowie hinsichtlich der korrekten

Handhabung der Ratingverfahren und der Sicherheitenbewertung geprüft. Zudem haben wir die Bewertung der Forderungen auf der Basis von Einzelfällen beurteilt. Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Forderungen an Kunden ergeben.

Verweis auf weitere Informationen

Die Angaben der Otto M. Schröder Bank AG zum Ausweis und zur Bewertung der Forderungen an Kunden sind im Anhang im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ enthalten. Zudem sind Ausführungen zur Steuerung der Adressenausfallrisiken im Lagebericht in Abschnitt „3. Bericht über das Risikomanagement“ enthalten.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Ver-

treter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Ver-

treter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSS-PRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende

wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht,

die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

-
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängig-

keit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE
UND ANDERE RECHTLICHE
ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS
ART. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 17. Oktober 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. November 2023 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der Otto M. Schröder Bank AG, Hamburg tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER
WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ralph Hüsemann.

Frankfurt am Main, den 31. Mai 2024

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(Düsseldorf)

Ralph Hüsemann
Wirtschaftsprüfer

Maria Brück
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2023 hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben sorgfältig wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands regelmäßig überwacht und geprüft. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank waren, frühzeitig eingebunden und hat insbesondere die strategische Weiterentwicklung beratend begleitet.

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die Geschäftsentwicklung, die Planung, die Projekte und die Situation der Bank einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements. Dazu erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand unter anderem monatlich einen detaillierten Bericht über die aktuelle Geschäfts- und Risikosituation sowie quartalsweise den ausführlichen Risikobericht. Darüber hinaus informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über neue Kredite ab einer bestimmten Größenordnung und Risikoklasse. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen hat der Vorstand im Einzelnen mit dem Aufsichtsrat ausführlich erläutert. Der Aufsichtsrat konnte stets ein aussagefähiges Bild von der Vermögens-, Finanz- und

Ertragslage der Bank gewinnen.

Der Aufsichtsrat kam im Geschäftsjahr 2023 zu insgesamt drei ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen zusammen. Über eilbedürftige Angelegenheiten wurde zudem schriftlich in Umlaufbeschlüssen entschieden.

Zum 31. Oktober 2023 hat Herr Tom Kemcke sein Amt als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender niedergelegt und ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Mit Wirkung zum 20. September 2023 wurde Herr Fabian Schröder als Ersatzmitglied für Herrn Tom Kemcke in den Aufsichtsrat gewählt und wurde dann zum 31. Oktober 2023 als neues Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Herr Torsten Heick wurde mit Wirkung zum 31. Oktober 2023 zum neuen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Der Aufsichtsrat dankt dem ausgeschiedenen Mitglied des Aufsichtsrats Tom Kemcke für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem in der außerordentlichen Hauptversammlung am 17. Oktober 2023 gewählten Abschlussprüfer Baker Tilly GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Als Ergebnis der Prüfung wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Danach vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Otto M. Schröder Bank Aktiengesellschaft. Der Prüfungsbericht wurde allen Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 31. Mai 2024 teil. Er erläuterte die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete Fragen zum Jahresabschluss und zum Prüfungsbericht.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft und das Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfer zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss zu erheben. Der Aufsichtsrat hat daher in seiner Sitzung am 31. Mai 2024 den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihre geleistete, erfolgreiche Arbeit sowie die gute Geschäfts-

entwicklung im Jahr 2023. Dies ist auch angesichts der außergewöhnlichen Rahmenbedingungen besonders zu würdigen.

Hamburg, den 31. Mai 2024

Dr. Thomas Brakensiek

Vorsitzender des Aufsichtsrats

OTTO M. SCHRÖDER BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Axel-Springer-Platz 3
20355 Hamburg

Tel.: (040) 359 28-0

Fax: (040) 359 28-101

www.schroederbank.de